

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit / Anlass und Zweck der Verarbeitung

- Artenschutzrecht – Meldepflicht bei Haltung, Handel und Zucht geschützter Arten (Tiere und Pflanzen)

Die Untere Naturschutzbehörde (UNB) berät Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen zu Fragen des Artenschutzes, des Vogelschutzes an Gebäuden und zur insektenfreundlichen Beleuchtung. Des Weiteren prüft und erteilt sie Ausnahmen nach Naturschutzrecht auf Antrag, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Die UNB ist zuständig für die Überwachung und Verwaltung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Haltung und dem Handel geschützter Tierarten. Die Aufgaben betreffen insbesondere Arten, die nach nationalem Recht oder der EG VO 338/97 (Anlagen A und B) besonders oder streng geschützt sind.

Die Nachweisführung und Anzeigepflicht betreffen den Besitz, Bestand, Haltung, Verlegung, Handel und Zucht geschützter Arten (Tiere und Pflanzen).

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landkreis Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: poststelle@lra-oal.bayern.de, Telefon: 08342 911-0.

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
datenschutzbeauftragter@lra-oal.bayern.de, Telefon: 08342 911-0.

4. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Artikel 6 Abs. 1 Buchst. c und e Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit Art. 4 und 5 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG);

- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG), insb. §§ 7, 39, 44, 45, 67;
- Verordnung zum Schutz wildlebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung - BArtSchV) insb. §§ 2, 7;
- Allgemeiner Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen; Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen;
- Bundesjagdgesetz (BJagdG), vorr. § 25;
- Bayerisches Jagdgesetz (BayJG), vorr. Art. 41 Abs. 2;
- Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels;
- Verordnung (EG) Nr. 865/2006 der Kommission vom 4. Mai 2006 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels;
- Durchführungsverordnung (EU) Nr. 792/2012 der Kommission vom 23. August 2012 mit Bestimmungen für die Gestaltung der Genehmigungen, Bescheinigungen und sonstigen Dokumente gemäß der Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates zum Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 865/2006 der Kommission;
- Verordnung über die Zulassung von Ausnahmen von den Schutzvorschriften für besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten (Artenschutzrechtliche Ausnahmeverordnung - AAV).

5. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Das Landratsamt Ostallgäu verarbeitet für die hier genannten Zwecke folgende personenbezogenen Daten:

- Personenstammdaten (Aktenzeichen, Name, Vorname, Anschrift, Kontaktdaten);
 - Daten persönlicher Nachweise (z. B. Jagdschein, Falknerschein);
 - Angaben zur geschützten Art (Rasse und Art, Anzahl, Ort, Besonderheiten);
- vom Antragsteller, Besitzer, Halter oder weiteren involvierten Personen.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Die gemachten Angaben werden im Landratsamt Ostallgäu innerhalb der Fachabteilung „Naturschutz und Landespflege“ verarbeitet und gegebenenfalls an weitere interne Stellen zur Bearbeitung oder der Abgabe einer Stellungnahme übermittelt.

Darüber hinaus geben wir die Daten im Bedarfsfall an die Regierung von Schwaben, an das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz oder andere öffentliche Stellen weiter. Bei Ordnungswidrigkeiten oder im Klageverfahren zudem an Anwälte, Gerichte oder an die Polizei. Die Weitergabe erfolgt aufgrund einer gesetzlichen Grundlage oder auch in anonymisierter Form zur Erstellung von Statistiken.

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

In Zusammenhang mit der hier genannten Verarbeitungstätigkeit erfolgt keine Weitergabe oder Übermittlung von personenbezogenen Daten an Drittländer.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die Löschung der Daten erfolgt 30 Jahre nach Ende der jeweiligen Haltung oder 30 Jahre nach Abschluss einer Vorgangsbearbeitung.

9. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüfen wir als Verantwortlicher, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (Postfach 22 12 19, 80502 München, Telefon: 089 212672-0, Telefax: 089 212672-50, E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de).

10. Widerrufsrecht - soweit die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung beruht

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

11. Quelle und Herkunft der Daten; Informationen gemäß Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die hierzu erforderlichen Daten werden im Regelfall direkt bei der betroffenen Person erhoben.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Wir setzen in diesem Zusammenhang keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO ein und verarbeiten Daten nicht mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte automatisiert zu bewerten.

13. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Verpflichtung zur Angabe personenbezogener Daten ergibt sich aus den genannten gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen.